



acat.ch

ACAT SUISSE SCHWEIZ SVIZZERA  
Pour un monde sans torture ni peine de mort  
Für eine Welt frei von Folter und Todesstrafe  
Per un mondo senza tortura né pena di morte

# Dringlichkeitsaktionen

Februar 2009

## SYRIEN

### 10 Männer

### Drohende Folter und Misshandlung

(Quelle: Amnesty International, FI UA-328/08-1)

Hauptstadt: Damaskus

Fläche: 185'180 km<sup>2</sup>

Bevölkerung: 20 Mio.

Todesstrafe: nicht abgeschafft

**Im August 2008 wurden 10 Männer vom militärischen Geheimdienst festgenommen. Einer von ihnen starb im Januar 2009 in der Haft, möglicherweise wegen Folter.**

Zehn im beiliegenden Brief namentlich genannte Männer wurden im August 2008 vom militärischen Geheimdienst festgenommen. Einer von ihnen, Mohammed Amin al-Shawa, starb nach Angaben von syrischen Menschenrechtsorganisationen im Januar 2009 in der Haft an den Folgen von Folter. Berichten zufolge brachten Angehörige des militärischen Geheimdienstes am 10. Januar 2009 die Leiche von Mohammed Amin al-Shawa in die Stadt Deir az-Zawr im östlichen Syrien, wo sie seiner Familie erlaubten, zwar sein Gesicht, aber nicht den Rest seines Körpers zu sehen, bevor er noch am gleichen Tag in ihrer Anwesenheit begraben wurde. Sein Tod erhöht die Sorge um die Sicherheit der neun anderen Männer, die man Amnesty International zugegangenen Berichten zufolge im Verhör- und Haftzentrum „Palästinensische Abteilung“ des Militärgeheimdienstes in Damaskus festhält. In dieser Hafteinrichtung werden Gefangene bekanntermassen gefoltert. Die zehn Männer gehören zu zahlreichen Personen, die im August 2008 festgenommen wurden. Syrischen Menschenrechtsorganisationen zufolge scheinen die Behörden viele von diesen Personen festgenommen zu haben, weil sie ihr äusseres Erscheinungsbild und ihren Lebensstil als Anzeichen für eine Verbindung zu verbotenen islamistischen Gruppierungen interpretierten.

**Im Brief an den Präsidenten** fordern wir ihn auf, den Tod Mohammed Amin al-Shawas untersuchen zu lassen und die mutmasslich dafür Verantwortlichen in einem fairen Verfahren vor Gericht zu bringen. Zweitens verlangen wir vom Präsidenten zu garantieren, dass die neun andern Männer weder gefoltert noch in anderer Weise misshandelt werden, und erinnern ihn daran, dass Syrien ein Vertragsstaat des UN-Übereinkommens gegen Folter ist, welches Folter und Misshandlung unter allen Umständen verbietet. Drittens rufen wir den Präsidenten auf, den Männern umgehend Zugang zu ihren Familien, Anwälten ihrer Wahl und gegebenenfalls notwendiger medizinischer Versorgung zu gewähren. Schliesslich fordern wir von ihm, die neun Männer unverzüglich freizulassen oder sie einer erkennbar strafbaren Handlung anzuklagen und sie sofort gemäss internationaler Standards für ein faires Verfahren vor Gericht zu stellen.



<b>Schicken Sie einen Brief an:</b> His Excellency Bashar al-Assad Presidential Palace al-Rashid Street, Damascus SYRIAN ARAB REPUBLIC	<b>Schicken Sie eine Kopie des Briefes an:</b> Embassy of the Syrian Arab Republic Rue Vaneau 20 75007 Paris FRANCE
<b>Fax:</b> 00 963 11 332 3410	<b>Fax:</b> 00331/ 47 05 92 73 <b>E-Mail:</b> ambassade-syrie@wanadoo.fr
<b>Porto:</b> Fr. 1.80 (A-Post)	<b>Porto:</b> Fr. 1.30 (A-Post)

**INTERVENTIONSFRIST: 16. März 2009. VIELEN DANK!**

ACAT-Schweiz  
Speichergasse 29  
Postfach 5011  
CH-3001 Bern  
www.acat.ch  
PC: 12-39693-7



**Koordination Dringlichkeitsaktionen:**

Mathias Tanner

Tel.: 031 312 20 44

Fax: 031 312 58 11

E-Mail: m.tanner@acat.ch

Nächste Dringlichkeitsaktion: 3. April 2009



acat.ch

ACAT SUISSE SCHWEIZ SVIZZERA  
Pour un monde sans torture ni peine de mort  
Für eine Welt frei von Folter und Todesstrafe  
Per un mondo senza tortura né pena di morte

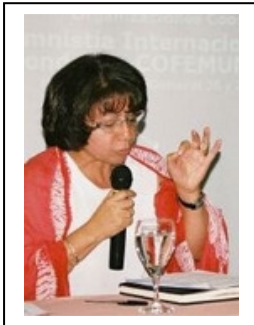
# Dringlichkeitsaktionen

Februar 2009

## HONDURAS

### Bertha Oliva und andere Personen

### Sorge um Sicherheit / Morddrohungen



(Quelle: Amnesty International UA 028/09)

Hauptstadt: Tegucigalpa

Fläche: 112'090 km<sup>2</sup>

Bevölkerung: 7,6 Mio.

Todesstrafe: abgeschafft

**Bertha Oliva (vgl. Foto), Koordinatorin einer Menschenrechtsorganisation, die sich um Fälle von zum Verschwinden gebrachten Häftlingen kümmert, erhielt am 27. Januar zwei Morddrohungen.**



Bertha Oliva, Koordinatorin der Menschenrechtsorganisation COFADEH (Comité de Familiares de Detenidos Desaparecidos en Honduras; dt. Komitee von Verwandten von zum Verschwinden gebrachten Häftlingen in Honduras), erhielt am 27. Januar 2009 zwei Morddrohungen per SMS. Am selben Tag wurden im Stadtpark der Hauptstadt Tegucigalpa Flyer verteilt, in denen die Kampagne des COFADEH für eine landesweite Entschädigungspolitik für die Angehörigen „Verschwundener“, die in den letzten Monaten landesweite Aufmerksamkeit erregt hatte, kritisiert wurde und man Bertha Oliva und ihre KollegInnen der Korruption beschuldigte. Bertha Oliva und COFADEH tauchten zudem auf einer Liste mit 135 AktivistInnen und ihrer Organisationen auf, die man am 10. September 2008 bei zwei in Zivil gekleideten Polizeibeamten fand. Sie beobachteten gerade eine Gewerkschaft und hatten auch einen Fotoapparat mit Fotos der Büros einiger Nichtregierungsorganisationen (NGO), darunter COFADEH, dabei. Die beiden Polizeibeamten sind inhaftiert, es ist ein Verfahren gegen sie hängig. Der stellvertretende Direktor der Informations- und Analyseabteilung der Polizei ist seit dem Vorfall suspendiert.

COFADEH und andere NGOs setzen sich aktiv für viele der etwa 200 Personen ein, die in den 1980er Jahren im Gewahrsam der honduranischen Sicherheitskräfte dem „Verschwindenlassen“ zum Opfer fielen. Am 5. Dezember 2008 erliess der Präsident eine Verfügung, die Rahmenbedingungen für Wiedergutmachungszahlungen für Opfer von Menschenrechtsverletzungen, darunter das „Verschwindenlassen“, in den Jahren 1980 bis 1993 schaffte.

**Im Brief an den Minister für Innere Sicherheit** zeigen wir uns besorgt über die Sicherheit von Bertha Oliva und ihren KollegInnen des COFADEH. Wir fordern den Minister auf, in Absprache mit dem COFADEH umgehend Massnahmen zu ihrem Schutz zu treffen und eine Untersuchung der Morddrohungen durchzuführen, die Ergebnisse zu veröffentlichen und die TäterInnen vor Gericht zu stellen. Wir erinnern den Minister zudem daran, dass MenschenrechtsverteidigerInnen das Recht haben, ihre legitimen Aktivitäten ohne Einschränkungen und Angst vor Repressalien auszuüben, wie es in der UN-Erklärung zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen festgelegt ist.

<b>Schicken Sie einen Brief an :</b>	<b>Schicken Sie eine Kopie des Briefes an:</b>
Coronel Jorge Alberto Rodas Gamero Ministerio de Seguridad Pública Ministerio de Seguridad Pública Cuartel Casa Mata, Tegucigalpa HONDURAS	Ambassade de la République du Honduras Rue Crevaux 8 75116 Paris FRANCE
<b>Fax:</b> 00 504 237 9070	<b>Fax:</b> 00331 47 55 86 48 // 00331 47 55 91 48 <b>E-mail:</b> ambassade.honduras@noos.fr
<b>Porto:</b> Fr. 1.80 (A-Post)	<b>Porto:</b> Fr. 1.30 (A-Post)

**INTERVENTIONSFRIST: 18. März 2009. VIELEN DANK!**

ACAT-Schweiz  
Speichergasse 29  
Postfach 5011  
CH-3001 Bern  
www.acat.ch  
PC: 12-39693-7



**Koordination Dringlichkeitsaktionen:**

Mathias Tanner

Tel.: 031 312 20 44

Fax: 031 312 58 11

E-Mail: m.tanner@acat.ch

Nächste Dringlichkeitsaktion: 3. April 2009